

## Anti-Terror-Krieg: Kreuzzug eines Zwangscharakters

George W. Bush hat einen Knall - so ungefähr dürfte es der britische Psychologe Oliver James sehen, der den US-Präsidenten nach allen Regeln der Psychologie auseinander genommen hat und das Ergebnis unlängst in der Zeitung "The Guardian" unter dem Titel "So George, how do you feel about your mom and dad?" veröffentlichte.

Das Weiße Haus werde von einem autoritären Zwangscharakter und religiösen Fundamentalisten regiert, schreibt James. Der Grund allen Übels sei - den Freudschen Prinzipien gemäß - in der Kindheit des Präsidenten zu finden: Der kleine George wuchs ganz im Schatten seines erfolgreichen Vaters auf, einem Vorbild, an dem er sich ständig maß - und unter einer dominanten Mutter, die ihren Kindern vorschrieb, wie sie zu sprechen hatten - mit dem Resultat diverser sprachlicher Blackouts ihres Sohnes.

Bushs Überwindung seines Alkoholproblems hatte laut James zur Folge, dass er seine Triebe zwanghaft zu kontrollieren versuchte. Seine heutige Regierungsarbeit werde von Gebeten begleitet, und der Anti-Terror-Krieg der US-Regierung sei ein persönlicher Kreuzzug.

## Umweltfeindliches Innovationsfeuerwerk

"Ein noch nie da gewesenes Innovationsfeuerwerk" und "automobile Leckerbissen" hat die 60. Internationale Automobilausstellung, die gestern in Frankfurt am Main begann, ihren BesucherInnen versprochen. Unterdessen tröpfeln Greenpeace und der Verkehrsclub Deutschland (VCD) ein wenig Wermut in die Vorfreude auf "Chrom, Glanz und Glitter": Statt auf sparsame, leise und abgasarme Fahrzeuge zu setzen, orientierten sich die Hersteller nach dem Prinzip "größer, schneller, luxuriöser", so Hermann-Josef Vogt, Mitglied im VCD-Bundesvorstand, der dazu meint: "Diese Entwicklung geht an den Bedürfnissen der Kunden vorbei." Während der VCD die Autos in seiner Umweltliste nach ihrer Umweltverträglichkeit bewertet, weist Greenpeace auf ein vom deutschen Umweltbundesamt in Auftrag gegebenes Gutachten hin: Darin heißt es, dass pro Jahr etwa 14.000 Todesfälle mit Krebs erregenden Abgasen aus Dieselfahrzeugen in Verbindung gebracht werden können. Die Umweltorganisation sammelte zudem rund 1.500 Strafanzeigen von Betroffenen, die aufgrund erhöhter Partikelkonzentration an Allergien, Bronchien- oder gar Krebserkrankungen leiden. Die Anzeigen richten sich direkt gegen die Konzernleitungen von Daimler-Chrysler und VW.

## Parklandschaft Meysembourg von Zersiedlung bedroht

"Zwischen Mersch-Larochette-Fischbach-Nommern erstreckt sich eine einmalige, märchenhafte Kulturlandschaft: der frühere Landschaftspark Meysembourg mit Schlossstaffage." Diese Zeile stammt nicht etwa aus einem Tourismusprospekt, sondern aus der Stellungnahme des Mouvement écologique zu einem Immobilien- und Golfprojekt in Meysembourg. Skandalös findet die Umweltorganisation, dass mitten in einem seit 1981 geplanten - aber immer noch nicht rechtskräftig ausgewiesenen - Landschaftsschutzgebiet "Luxuswohnungen im Grünen" und ein Golfplatz entstehen sollen. "Die schönsten Landschaften für Leute mit Geld?" fragt der Mouvement provokativ. Bereits in den 80er Jahren war ein vergleichbares Projekt in letzter Minute vom Umweltminister gekippt worden. Das jetzt vorliegende Projekt sei ein Prüfstein für den Umgang dieser Regierung mit Natur- und Denkmalschutz, so die Umweltorganisation. Hier werde sich zeigen, "ob die Aussagen des Programmes der Landesplanung mehr sind als ein reiner Papiertiger, der beim geringsten Druck von Promotoren den Schwanz bezieht."

## VERWALTUNG

# Informatischer Schlagabtausch

**Nach dem Rücktritt des CIE-Direktors Félix Schumacher schieben Liberale und Sozialisten einander gegenseitig die Verantwortung für das schlechte Abschneiden Luxemburgs im Online-Service zu.**

(sk) - Nicht weniger als 50 verschiedene staatliche Internet-Projekte sind derzeit in Luxemburg am Laufen. Darauf wies Jos Schaack am vergangenen Wochenende stolz hin. Der DP-Staatssekretär, verantwortlich für die Verwaltungsreform, reagierte damit auf die Vorwürfe des kurz zuvor zurückgetretenen Direktors des "Centre Informatique de l'Etat" (CIE), Félix Schumacher. In einem Schreiben an die für die öffentliche Verwaltung zuständige Ministerin Lydie Polfer hatte der scheidende CIE-Chef harte Kritik an der Regierung geübt: Sein Informatikzentrum sei nicht nur bei Entscheidungen von Letzterer übergangen worden. Die Administration du personnel de l'Etat hätte darüber hinaus nicht nur ohne Absprache mit der CIE-Leitung Arbeitsrichtlinien ausgesprochen. Schumacher erhob zudem gegenüber der Regierung den Vorwurf der Inkompetenz und des Kompetenzgerangels. Aus Enttäuschung über diese "politique de désintégration continue" warf er das Handtuch.

Schaacks Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Er warf nicht nur Schumacher vor, die CIE eigenmächtig verwaltet zu haben. Der Liberale eröffnete

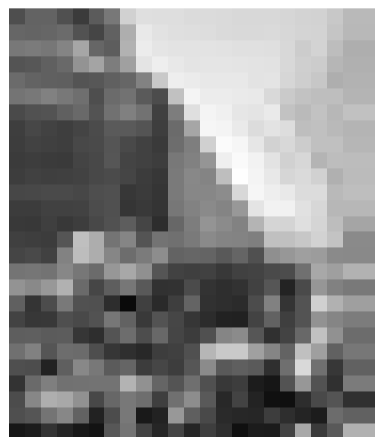
nicht zuletzt auch einen politischen Schlagabtausch in wahlkämpferischer Manier, indem er die Verantwortung für das schlechte internationale Abschneiden Luxemburgs im Bereich staatlicher Internetdienstleistungen der LSAP zuschob. Diese hatte bis 1999 mit Mady Delvaux die Kommunikationsministerin gestellt. Während der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung hätten die Sozialisten weder Visionen besessen noch Konzepte vorgelegt, um die Verwaltungen auf den neuesten Stand zu bringen, so Schaack. Dagegen hätte die DP später eine Arbeitsgruppe "e-government" mit aufgestellt und die Webseite "www.eletzebuerg.lu" ins Leben gerufen.

Die LSAP-Fraktion reagierte prompt empört auf die Vorwürfe des liberalen Staatssekretärs und forderte ein Zusammentreffen der parlamentarischen Budget-Kontrollkommission, um die für die Informatisierungsprojekte der Regierung verwendeten Fonds genauer zu überprüfen. "Besonders im Informatikbereich, in dem die Welt praktisch alle sechs Monate revolutioniert wird, ist es lächerlich, die aktuellen Schwierigkeiten auf die vergangene Regierung abschieben zu wollen", erklärte der Fraktionschef der Sozialisten, Jeannot Krecké. Ganz im Gegenteil, so der LSAP-Politiker, der eilends am vergangenen Montag eine Pressekonferenz einberufen hatte: Gerade nach dem Regierungswechsel 1999 sei nichts mehr in dem Sektor geschehen. Erst mit dem EU-Gipfel 2000 in Feira und einem

Aktionsplan der EU-Kommission sei die Regierung in Zugzwang geraten.

Parteiliches Gezänk hin oder her: Tatsache ist, dass Luxemburg seit drei Jahren in einer Rangliste von 18 europäischen Ländern hinter Deutschland und Belgien Schlusslicht im Bereich der Schaffung von staatlichen Internet-Dienstleistungen ist (dazu wurde im Auftrag der EU-Kommission eine Studie in den 15 EU-Mitgliedsstaaten sowie der Schweiz, Island und Norwegen erstellt). Während im Online-Service die nordeuropäischen Länder und Irland die europaweite Spitze bilden, ist jener der drei westeuropäischen Nachbarn laut ExpertInnenmeinung mit dem Niveau von Schwellenländern wie Südafrika und Mexiko vergleichbar. Das schwache Abschneiden Luxemburgs sei nicht zuletzt auf die Konzeptionslosigkeit der Regierung zurückzuführen, so Krecké. Dabei habe vor allem der zuständige Staatssekretär, eben Jos Schaack, versagt.

Unterdessen stellten die Angestellten des "Centre Informatique" sich hinter ihren zurückgetretenen Vorgesetzten: "Monsieur Félix Schumacher a toujours été un directeur compétent et intègre", hieß es in einer öffentlichen Stellungnahme der CIE-MitarbeiterInnen. Die Verantwortung für die Informatisierung der Staatsdienste trage die Politik. Dass dies die BürgerInnen letztendlich interessiert, scheint fraglich: Laut Studien nutzen die wenigsten die elektronischen Behördendienste.



## GENFOOD

# Ein Urteil für alle

**EU-Staaten dürfen Gentech-Lebensmittel vorübergehend verbieten. Das entschied diese Woche der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Ein Urteil, über das sich jedoch auch Kläger Monsanto freute.**

(dw) - "Dieses Urteil ist für uns positiv", freut sich Monsanto-Sprecher Tom McDermott. "Ich bin sehr froh, dass Italien gewonnen hat", verkündet sein Kontrahent, der italienische Umweltminister Altero Matteoli. Zuvor hatten sich beide "Sieger"-Parteien - der Chemie-Konzern Monsanto und die italienische Regierung - als Gegner vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGh) getroffen. Geklagt hatte Monsanto, nachdem Italien im August 2000 ein temporäres Verbot gegen Produkte, die aus einer bestimmten Gen-Maissorte hergestellt werden, verhängt hatte. Italienische Wissenschaftler hatten in entsprechenden Lebensmitteln Spuren von genetisch veränderten Organismen (GVO) gefunden.

Das am Dienstag verkündete Urteil des EuGh scheint nun tatsächlich Kläger und Angeklagte gleichermaßen zufrieden zu stellen. Die von Monsanto angestrebte verkürzte Zulassungsprozedur sei durchaus zulässig, so das Gericht, da besagter Mais "substanziell äquivalent" zur bereits zugelassenen konventionellen Variante derselben Sorte sei. Der Nachweis von GVO-Proteinen im Endprodukt sei an sich keine Basis, dieses zu verbieten. Andererseits bekam Italien das Recht auf ein temporäres Verbot zugesprochen: Die präventive Maßnahme sei legitim, wenn der Verdacht bestünde, dass das Produkt die menschliche Gesundheit gefährdet. Allerdings, so das Urteil, müsse die Gefahr wissen-

schaftlich nachgewiesen werden und nicht auf purem Verdacht beruhen.

Besonders dieses Detail stimmt nun die Monsanto-Vertreter optimistisch. Der Ball liegt jetzt nämlich bei den italienischen Gerichten. Sie müssen darüber urteilen, wie begründet das Risiko, das für den Menschen vom Gen-Mais ausgeht, tatsächlich ist. "Wir können davon ausgehen, dass die italienischen Gerichte das Verbot wegen mangelnder Beweise kippen werden", prophezeite Tom McDermott am Dienstag gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. Urteile des Europäischen Gerichtshofes könne man immer "so oder so deuten", kommentiert indessen Martina Holbach von Greenpeace-Luxemburg die Tatsache, dass sich in diesem Fall zwei Sieger präsentieren. Die "Stärkung der Nationalstaaten" wertet die Gentech-Expertin jedoch als positiv. Die EU-Kommission sei stets bemüht gewesen, den Staaten Befugnisse wegzunehmen - "und grundsätzlich erwarten wir uns von den nationalen Regierungen eine fortschrittlichere Position in Sachen Gentechnik als von der Kommission".

## Wer solls beweisen?

Offen bleibt allerdings, was das EuGh-Urteil für die Praxis bedeutet. "Es kann doch nicht angehen, dass die italienische Regierung die Arbeit von Monsanto übernehmen und nachweisen muss, dass dieses Produkt unbedenklich ist?", fragt Martina Holbach, die vor allem kritisiert, dass das Urteil auf dem Prinzip der "substanziellen Äquivalenz" von Pflanzensorten gründet. Dieser Grundsatz sei in der

neuen EU-Lebensmittelverordnung nicht übernommen worden. "Das Gericht bezieht sich demnach auf ein veraltetes Konzept", so Holbach.

Das EuGh könnte jedoch der Gentechlobby in einer anderen Diskussion Schützenhilfe geleistet haben: Italien ist ebenso wie Luxemburg eines der EU-Länder, die ein Moratorium gegenüber der Zulassung von Gentech-Produkten verhängt haben. Dass dieses Moratorium spätestens Anfang nächsten Jahres fallen wird, daran zweifelt inzwischen kaum noch jemand. Die EU-Institutionen bereiten das Terrain vor - zuletzt vor der Sommerpause mit der Verschärfung der Kennzeichnungspflicht. Diskutiert wird (woxx 693) derzeit vor allem die Koexistenz, sprich die Frage, wie konventionelle und gentech-veränderte Pflanzen nebeneinander wachsen können. "In diesem Punkt erwarten wir eine starke Position der Luxemburger Regierung", kündigt Martina Holbach an. Landwirtschaftsminister Fernand Boden darf zur selben Zeit auf der WTO-Ministerkonferenz in Cancun sein Durchhaltevermögen in dieser Frage überprüfen. Dort trifft er unter anderem auf US-amerikanische Kollegen, die bekanntlich die EU darauf drängen, ihre Märkte für Gentech-Produkte zu öffnen.